

Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik

Jürgen Turek

Die Forschungs- und Technologiepolitik der Europäischen Union wurde 2003/ 2004 weiter konsequent auf die Ziele des Lissabonner Sondergipfels vom März 2000 ausgerichtet. Danach soll die Gestaltung des „Europäischen Forschungsraums (EFR)“ dazu beitragen, dass die EU bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ wird. Dazu diene vor allem die Durchführung des „Sechsten Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung“ (2002 – 2006), das am 27. Juni 2002 vom Europäischen Parlament und Rat angenommen wurde und seitdem mehrere Hunderte von neuen Projekten initiierte. Das mit insgesamt 17,5 Milliarden EUR ausgestattete Rahmenprogramm soll die Grundlagen des Forschungsraums stärken, die Forschungskapazitäten besser integrieren und die Nutzung von Forschungsergebnissen vereinfachen. Das Rahmenprogramm wird dabei im Gegensatz zu den 5 Rahmenprogrammen der Vergangenheit selbst als programmatische Innovation verstanden. Frühere Rahmenprogramme hatten nach Auffassung der EU-Kommission zwar dabei geholfen, eine Kultur wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit zwischen verschiedenen EU-Staaten aufzubauen und sie haben zu beeindruckenden Forschungsergebnissen beigetragen. Allerdings hatten sie kaum eine bleibende Wirkung in Form größerer Kohärenz auf europäischer Ebene erzielt, deshalb war das neue Programm von Grund auf neu konzipiert und gestrafft worden. Herausragende Neuerungen des Programms bestehen in der Einführung von Exzellenznetzen, integrierten Projekten und der Öffnung vorrangiger Themenbereiche für die Teilnahme von Drittländern (Ad-hoc-Budget von 285 Millionen EUR). Parallel dazu verfolgte die Kommission konkrete Einzelinitiativen insbesondere in den Bereichen Biowissenschaften und Raumfahrt.¹

Forschungs- und Technologiepolitik

Neben der Durchführung von konkreten Programmen in den Bereichen Genomik und Biotechnologie, Informationstechnologie, Nanotechnologie und Werkstoffe, Lebensmittelsicherheit, Bürger und Staat, Forschung und Innovation, Humanressourcen und Mobilität, Kooperation mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie neben den Aktivitäten der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) leitete die Kommission mit einem Grünbuch vom 21. Januar 2003 eine Debatte über die Zukunft Europas in der Raumfahrt ein. Sie soll stärker für die europäische Politik und die Lebensqualität der Bürger genutzt werden.

Nachdem der europäische Rat am 13. Mai 2003, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss am 19. Juni 2003 und das Europäische Parlament am 9. Oktober 2003 dem Grünbuch zugestimmt hatten, legte die Kommission am 11. November diesbezüglich ein Weißbuch vor.² Demnach müssten zukünftig neben einer beträchtlichen Steigerung der Mittel für die Raumfahrt der unabhängige Zugang Europas zum Weltraum gewährleistet,

¹ Europäische Kommission (Hrsg.), Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union 2003, S. 145.

² http://europa.eu.int/comm/space/whitepaper/whitepaper/whitepaper_en.html.

Weltraumtechnologien weiter entwickelt, die Erforschung des Weltraums vorangetrieben, junge Europäer verstärkt für eine wissenschaftliche Laufbahn interessiert und europäische Spitzenleistung in den Weltraumwissenschaften unterstützt werden. Hierzu wurde am 25. November 2003 ein Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) und der Europäischen Union unterzeichnet. Damit sollen Kooperationen erleichtert werden, indem es die zwischen Gemeinschaftskonzept und -rechtsrahmen und der zwischenstaatlichen Struktur der ESA existierende Differenzen überwindet. Darüber hinaus rief das Europäische Parlament am 15. Mai 2003 mit Hinweis auf die „Krise der europäischen Raumfahrt“ dazu auf, das gemeinsame europäische Interesse in den Vordergrund zu stellen, damit das Satellitenprogramm Galileo rasch umgesetzt werden kann. Schließlich wurde die europäische Raumfahrtspolitik im Rahmen des Art. III-155 so wie der gesamte Bestand der FTE-Politik auch mit den Artikeln III-146 bis Artikel III-154 in den Verfassungsentwurf der EU mit aufgenommen. Dort heißt es: „Zur Förderung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der Durchführung ihrer Politik arbeitet die Union eine europäische Raumfahrtpolitik aus. Sie kann zu diesem Zweck gemeinsame Initiativen fördern, die Forschung und technologische Entwicklung unterstützen und die Anstrengungen zur Erforschung und Nutzung des Weltraums koordinieren“.³

Neben dieser Initiative war die Kommission auch in den Bereichen der regionalen Netzwerkbildung und der Biowissenschaften besonders aktiv. So leitete sie am 1. August 2003 ein Pilotprojekt ein, mit dem experimentelle Aktivitäten mit Netzen europäischer Regionen entwickelt werden. Sie sollen wissensintensive Regionen (KnowREG) schaffen und Modelle für die regionale Umsetzung der Strategie von Lissabon liefern und so die zentrale Rolle des Wissens für die Entwicklung der Regionen aufzeigen. In diesem Kontext wurde auch die Initiative der Kommission zur Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs fortgeführt, mit dem seine Einführung auf regionaler Ebene und in Randlagen unterstützt werden soll. Besonderes Augenmerk legte die Kommission darüber hinaus auf die Entwicklungen im Bereich der Genforschung. Am 5. März 2003 stellte sie im Auftrag des Europäischen Rats von Barcelona einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Strategie für Biowissenschaften und Biotechnologie aus dem Jahr 2002 vor. Darin behandelt sie die Entwicklungen im Kontext mit Forschung, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und geistigem Eigentum sowie mit genetisch veränderten Organismen (GVO), den Beziehungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft und den Implikationen der internationalen Genforschung. Jenseits der erreichten Fortschritte betont die Kommission dabei die Notwendigkeit, die Forschung zu intensivieren, über Finanzmittel in größerem Umfang zu verfügen und den Rückstand der EU im Bereich der GVO aufzuholen.⁴

Informationsgesellschaft und Telekommunikation

Neben verschiedenen Projekten in den Bereichen Sicherheit im Internet, transeuropäische Telekommunikationsnetze, Mobilfunksysteme der dritten Generation, künstliche Intelligenz, digitale Inhalte oder Digitalfernsehen fuhr die Kommission insbesondere mit der Umsetzung des Aktionsplans „eEurope 2005“ fort. Sein Ziel ist es, allen Bürgern der EU den Zugang zur Informationsgesellschaft zu ermöglichen. Dazu wurden verschiedene

³ http://ue.eu.int/cms3_applications/Applications/igc/doc_register.asp?lang=DE&cmsid=576.

⁴ Europäische Kommission (Hrsg.), a.a.O., S. 146.

Programme des Plans fortgesetzt, die der Verbreitung empfehlenswerter Verfahren sowie der Verbesserung der Netz- und Informationssicherheit dienen. Die Kommission begrüßte mit ihrem Bericht vom 11. Februar 2003 die erreichten Fortschritte und insbesondere die große Zahl neuer Internetanschlüsse von Haushalten, Unternehmen und Schulen. Das Europäische Parlament und der Wirtschafts- und Sozialausschuss schlossen sich dieser Bewertung an; sie legten dabei aber großes Augenmerk auf den Zugang für alle zur Informationsgesellschaft zu erschwinglichen Preisen und die Notwendigkeit der Förderung einer festen Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den KMUs.

Die wirtschaftlichen und administrativen Implikationen der Informationsgesellschaft sind hierbei von einem nicht zu unterschätzenden Gewicht. Der Europäische Rat vom 16. und 17. Oktober 2003 etwa unterstrich die entscheidende Rolle der elektronischen Netze für die Ankurbelung des Wachstums in der erweiterten Union. Er bestand darauf, dass hohe Übertragungsgeschwindigkeiten verfügbar sein und ihre weitere Verbreitung gefördert werden müssten. Darüber hinaus maß die Kommission dem elektronischen Behördenverkehr erneut große Bedeutung bei. So fand am 7./ 8. Juli 2003 im italienischen Como eine Ministerkonferenz über E-Government statt, auf der die Minister für öffentliche Dienstleistungen und die Informationsgesellschaft der Mitgliedstaaten, der beigetretenen Länder und von Drittstaaten ihr politisches Engagement für elektronische Behördendienste bekräftigten. Am 16. September schlug die Kommission ein 18-Maßnahmenpaket vor, um die Einführung solcher Dienste zu beschleunigen. Am 20. November 2003 sprach sich der Europäische Rat schließlich für eine Verstärkung der Maßnahmen zur Förderung des Angebots europaweiter Dienste, der Innovation und des Austauschs empfehlenswerter Verfahren aus.

Forschung, Entwicklung und Innovationen im 21. Jahrhundert

Mit der Konzentration ihrer FuE-Politik auf die Lissabon-Strategie beweist die Union Verantwortung für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die enorme zukünftige Bedeutung technologischer Innovationen in der Europäischen Union. Hierzu zählt in herausragender Weise die konsequente Umorientierung bei der Gestaltung des Sechsten Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung und die Erschließung des Weltraums. Letzteres beruht auf Bemühungen, die bereits Ende 2000 mit einem Bericht der europäischen Raumfahrtbehörde ESA unter Federführung des ehemaligen schwedischen Regierungschefs Carl Bildt, des Präsidenten der Bank Crédit Lyonnais, Jean Peyrelevade und Jenoptik-Chef Lothar Späth zur Förderung der Weltraumtechnik und mit der Errichtung des Europäischen Weltrauminstituts (ESPI) in Wien Ende 2002 sichtbar wurden. Dahinter steht die Auffassung, dass der Weltraum wirtschaftlich und militärisch immer wichtiger werde. Wer nicht in den Orbit investiere, falle in Branchen wie der Telekommunikation, der Navigation und der Fernerkundung zurück. Insofern ist dieser Schritt auch mit Blick auf die USA eine konsequente Ausrichtung der FuE-Politik über die Atmosphäre des Planeten hinaus. Mit der Entwicklung der Ariane-Trägerrakete konnte die ESA bereits einen Marktanteil von 50 Prozent bei kommerziellen Raketenstarts und von 20 bis 30 Prozent bei Satelliten erzielen; demgegenüber ist man aber noch in vielen Bereichen von den USA abhängig, etwa bei der satellitengestützten Navigation oder der Satellitenüberwachung. Da sich kommerzielle, wissenschaftliche, ökologische und militärische Zwecke bei der Weltraumtechnologie überlagern und digitale sowie mobile Kommunikations- und Informationstechnologien eine immer größere Rolle spielen hat es

sich die EU deshalb zum richtigen Ziel gemacht, ihre Tätigkeitsfelder auf gewachsene Verteidigungsanforderungen und marktorientierte Infrastrukturen zu erweitern.⁵

Weiterführende Literatur

Europäische Kommission (Hrsg.), Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union 2003.

Dies., Whitepaper Space: a new european frontier for an expanding Union. An action plan for implementing the European Space policy, http://europa.eu.int/comm/space/whitepaper/whitepaper/whitepaper/whitepaper_en.html.

Roland Sturm: Die Forschungs- und Technologiepolitik der Europäischen Union, in: Werner Weidenfeld(Hrsg.), EU-Handbuch, Gütersloh 2002, S. 490-502.

Jürgen Turek: Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik, in: Werner Weidenfeld / Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Jahrbuch der europäischen Integration, Bonn 1993 ff.

⁵ Florian Rötzer, Europa braucht eine neue Weltraumpolitik, www.heise.de/bin/tp/issued/dl-print.cgi?artikelnr.4239&rub_ordner=special&mode=print.